

Vorwort

Der europäischen Sozialdemokratie galt in der Politikwissenschaft stets größte Aufmerksamkeit. Kaum eine andere politische Bewegung kann auf eine gleichermaßen lange und wechselhafte Geschichte zurückblicken. Was im ausgehenden 19. Jahrhundert als revolutionäre Arbeiterbewegung begann, hat sich nach heftigen Revisionismusdebatten zu Beginn des 20. Jahrhunderts um die Frage nach dem richtigen Weg mehr und mehr zu einer Parteiformation etabliert, die unter den Bedingungen einer grundsätzlich marktwirtschaftlich verfaßten Wirtschaftsordnung agierte, dabei aber stets versuchte, den Kapitalismus demokratisch zu steuern und zwangsläufig entstehende Verteilungskonflikte sowie soziale Ungleichheiten zu mildern. Angesichts der wechselhaften Biographie der Sozialdemokratie, ihrer langanhaltenden Regierungsbeteiligung, insbesondere in den skandinavischen Ländern, ihrer Machtfülle und ihrer Steuerungskapazität im sogenannten „Goldenen Zeitalter des organisierten Kapitalismus“ von den frühen 1960er bis in die 1970er Jahre, ihrer zunehmenden Mobilisierungsprobleme in der Zeit danach und ihrer als „magisch“ bezeichneten Rückkehr Mitte der 1990er Jahre sind zahlreiche Studien über die westeuropäische Sozialdemokratie angefertigt worden, die heute ganze Bibliotheken füllen.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht im weitesten Sinne die Frage, wie Sozialdemokraten regieren. Da sie traditionell der Herstellung von Vollbeschäftigung verpflichtet und ihre Spitzenvertreter nach den Wahlsiegen der 1990er Jahre explizit mit dem Ziel angetreten sind, wenn nicht zwangsläufig Vollbeschäftigung, so doch wenigstens einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen, gilt das Interesse dieser Studie den Bemühungen sozialdemokratischer Parteien, die Arbeitslosigkeit in ihren Ländern abzubauen bzw. die Beschäftigungssituation zu verbessern. Anhand einer Fallauswahl, die sieben Länder umfaßt, die zum Zeitpunkt des Untersuchungsbeginns Ende 2001 von sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien entweder allein oder als Seniorpartner einer Koalition regiert wurden, sollen Ansätze zum Abbau der Arbeitslosigkeit durch sozialdemokratische Regierungen untersucht werden. Mittlerweile, d.h. zum Jahresende 2004, befinden sich zwar vier der untersuchten Parteien nicht mehr in der Regierungsverantwortung, während Spanien seit Beginn des Jahres wieder von der PSOE regiert wird. Aus den unterschiedlichsten Gründen und teilweise ohne erkennbaren Zusammenhang zu den Arbeitsmarktbilanzen sind 2002 die PS in Frankreich sowie die PvdA in den Niederlanden, zu Beginn des Jahres 2003 die SDP in Finnland und im März 2004 die griechische PASOK abgewählt worden. Der „Verlust“ eines Falles oder gar mehrerer ist jedoch eines der Risiken beim Versuch, möglichst gegenwartsbezogene ver-

gleichende Studien in größerem Umfang durchzuführen. Aber zwischen der Planung einer Studie, der Datenerhebung und -auswertung liegt in der Regel eine Spanne von drei bis vier Jahren, in denen sich Regierungskoalitionen durchaus verändern können. Die untersuchten Parteien haben jedoch mindestens eine volle Legislaturperiode regiert bzw., wie die holländische PvdA oder die finnische SDP, die Geschicke ihres Landes über jeweils acht Jahre, oder, wie die PASOK, noch länger bestimmt. So ist ein vergleichender Blick auf die Beschäftigungspolitik und -bilanzen auch im Nachhinein unter den nachfolgend genannten Fragestellungen möglich und sinnvoll, auch dann, wenn einige der beteiligten Akteure nicht mehr regieren.

Neben der Untersuchung der von den Regierungen gewählten Politikansätze zum Abbau der Arbeitslosigkeit gilt das Interesse dieser Studie den Fragen, wie die höchst unterschiedlichen Arbeitsmarktbilanzen zwischen den Ländern erklärt werden können, welche Ansätze sich als die erfolgreichsten zur Senkung der Beschäftigungslosigkeit erwiesen haben, worauf sowohl die zwischen den Ländern variierenden Arbeitsmarktbilanzen als auch die unterschiedlichen Politikansätze zurückgeführt werden können und schließlich, ob und in welchem Ausmaß sich hinsichtlich der sozialdemokratischen Beschäftigungspolitik qualitative Brüche mit früheren arbeitsmarktpolitischen Ansätzen der Sozialdemokratie abzeichnen.

Diese Arbeit ging aus einem Forschungsprojekt hervor, das ich als Stipendiat der Fritz Thyssen Stiftung begonnen und als Post-Doc-Stipendiat im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Graduiertenkollegs „Das neue Europa“ an der Humboldt-Universität Berlin beendet und dort als Habilitationsschrift eingereicht habe. Für die Unterstützung möchte ich mich bei der Gutachterkommission und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fritz Thyssen Stiftung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Abteilung der DFG bedanken. Mein besonderer Dank gilt dem wissenschaftlichen Leiter des Kollegs, Herrn Professor Gert-Joachim Glaeßner und seinen Stellvertretern, den Professoren Klaus Eder, Michael Kreile und Hans-Peter Müller. Bedanken möchte ich mich bei Martin Nagelschmidt, der als Koordinator des Kollegs stets für optimale Arbeitsbedingung sorgte, sowie bei den Mitgliedern des GRK, die mir auf Kolloquien und in Seminaren ebenso kritische wie hilfreiche Anregungen gegeben haben. Das betrifft insbesondere Álvaro Morcillo-Laiz, Marion Grzanna und Jochen Hille. Herzlich bedanken möchte ich mich darüber hinaus bei den Gutachtern der Habilitationsschrift, den Professoren Roland Czada, Markus Freitag und Wolfgang Merkel, den Mitgliedern von Professor Merkels Heidelberger Forschungsgruppe zur Analyse der „Dritten Wege“ der westeuropäischen Sozialdemokratie sowie bei Charalampos Koutalakis, Michalis Spourdalakis, Susannah Verney, Elmar Wiesendahl und

Klaus-Jürgen Zaumseil für ihre konstruktiv-kritischen Anmerkungen sowie für die mir entgegengebrachte Hilfe in der einen oder anderen Form. Mein Dank gilt schließlich den im Literaturverzeichnis genannten Interviewpartnerinnen und -partnern sowie Frau Britta Göhrisch-Radmacher vom Deutschen Universitäts-Verlag für ihre freundliche Unterstützung.

Karsten Grabow